



Shi Ming
Fernsicht – China

Auf die falschen Pferde im Krieg gesetzt

Die Logik scheint zunächst schlüssig: Das politische Peking war stolz darauf, vor Kurzem zwischen Hamas und Fatah eine „Beijing Declaration“ eingefädelt zu haben. China sonnte sich in der Rolle als Vermittler im Nahost-Konflikt und als ein unbeeinträchtiger Unterstützer des palästinensischen Volkes.

Doch nur wenige Wochen später wurde der politische Kopf der Hamas, Ismail Haniyeh, in Teheran ermordet. Schnell brachte die radikale Hamas mit Jahia Sinwar einen noch entschlosseneren Heiligkrieger in Position. Ein jüdischer Intellektueller kommentierte dazu: Die Beijing Declaration sei „weniger Wert als das Papier, auf dem sie gedruckt steht.“ Als eine indirekte Bestätigung dieses Kommentars ließ sich die darauf folgende Mitteilung des chinesischen Außenministeriums lesen: Zwar verurteilte es darin Attentate als politisches Mittel. Die sonst zu lesende Formel, dass man die gerechte Sache des palästinensischen Volkes unterstütze, verschwand allerdings spurlos.

Hinter vorgehaltenen Händen beginnt in China eine Diskussion darüber, welche Konfliktparteien man in den aktuell herrschenden Kriegen weshalb und wie weit unterstützen solle. Auch in Hinblick auf die Ukraine scheinen sich plötzlich Dinge zu ändern. Un-

Der ukrainische Vormarsch nach Russland verstärkt Chinas Zweifel

ter Mithilfe des Goethe-Instituts veranstaltete China in Peking zuletzt eine ukrainische Filmwoche, um den guten Willen gegenüber dem ukrainischen Volke zu demonstrieren. Die sonst gepriesene Unterstützung für Putins „militärische Sonderaktionen“ gegen die Nato-Osterweiterung? Nach ihr muss man als Formulierung nun mit dem Vergrößerungsglas durch die KP-Dokumente fahnden. Dabei schien die Bande zu Russland nahezu sakrosankt.

In den offiziellen Medien etwas versteckter als auf den sozialen Kanälen im Internet fragt man sich: Wenn wir wüssten, dass wir die Russen unterstützen, nicht etwa, weil sie gerechte Dinge täten, sondern weil wir ohne sie allein gegenüber dem Westen stehen müssten – was für ein Sinn hätte das noch, wenn die Russen unter Putin immer wieder versagen? Stünden wir nicht viel isolierter da, dazu viel verhasster im Westen? Mit dem Vormarsch ukrainischer Truppen nach Russland verstärkt sich der Zweifel zusätzlich. Im Spiegel solcher Fragen lässt sich die Filmwoche für die Ukraine als plötzliche Versöhnungsgeste verstehen: Lieber den Richtigen unterstützen als dem Versager hinterherlaufen.

So oder so ähnlich verläuft die Diskussion auch in puncto „gerechte Sache des palästinensischen Volkes“: Bis auf die „Abscheu“ gegenüber Attentätern herrscht Funkstille hinsichtlich der „gerechten Sache“ Palästinas. Die Stille wird bedrückender, je länger der Iran sich in Schweigen hüllt und die Welt nicht wissen lässt, wann er den angedrohten massiven Vergeltungsschlag für den getöteten Hamas-Führer ausführt. Kommt er überhaupt und wenn ja: in welcher Form und mit welchen Konsequenzen für China? Anders gesagt: Würden wir Chinesen auch diesmal wieder auf das falsche Pferd gesetzt haben, um mit leeren Händen noch unbeliebter dazustehen?

Nun lässt sich die Logik des chinesischen Wettverhaltens einfach erklären: Jeder Konflikt in der Welt, der dazu beiträgt, den Blick des gefährdeten Westens von China wegzulenken, ist willkommen und sollte sich deshalb mit chinesischer Hilfe in die Länge ziehen. So läuft es in der Ukraine genauso wie im Nahen Osten. Die Frage lautet nur: Beschäftigen wir uns mit den richtigen Konflikten und können wir dort mit dem passenden Wetteinsatz auf den richtigen Gewinner tippen? Wie viel mehr zahlen wir, wenn wir uns ein ums andere Mal verkalkulieren?

Shi Ming ist 1957 in Peking geboren. Er lebt seit 1989 in Deutschland und arbeitet als freier Autor. In seinen Texten setzt er sich mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlichen Entwicklung in seiner Heimat auseinander.



Durch die Woche mit Johanna Treblin

Auf der Jagd nach RAF- und Gender-Phantomen

Kommentar von Dirk Eckert zu Traditionen bei der Bundeswehr

Historische Kontinuitäten

Das ging dann doch ganz schnell. Kaum hatte die taz die Ergänzungen, die das Verteidigungsministerium seinem Traditionserlass von 2018 beigestellt hatte, groß thematisiert, da waren sie auch schon wieder zurückgezogen. Zu groß war die öffentliche Empörung darüber, dass zwar nicht die Wehrmacht als Ganzes, wohl aber jetzt einzelne ihrer ehemaligen Angehörigen traditionswürdig sein sollten, und das auch dann, wenn sie nicht im Widerstand waren. Hauptsache, sie waren in der Nachkriegszeit wichtig für die Bundeswehr. Die beigefügte Liste geeigneter Kandidaten machte die Sache nicht besser, sondern wirkte eher wie eine Helden-Sammlung der NS-Kriegspropaganda.

Die öffentliche Kritik war also mehr als berechtigt und möglicherweise wurden manche im Ministerium so erst auf das Ungehörte aufmerksam, das das eigene Haus auf den Weg gebracht hatte. Und realisier-

ten, dass die Truppe gerade in die völlig falsche Richtung marschierte.

Also alles wieder gut bei der Bundeswehr? Nein, denn die Frage ist ja, wie es überhaupt zu solchen Ergänzungen kommen konnte. Eine Antwort hat das Ministerium indirekt selbst gegeben. Um die Bundeswehr aufzubauen, wurde seinerzeit in großem Stil auf ehemalige Wehrmachtangehörige zurückgegriffen. (Dass die Nationale Volksarmee eines längst untergegangenen Staates genauso vorging, macht die Sache nicht besser). Sogar auf solche, die Mehrfachmitgliedschaften bei NS-Armee, NSDAP und SS aufweisen konnten. Hauptsache, sie gingen irgendwie auf Distanz zum inzwischen ohnehin toten Adolf Hitler, dann waren sie in der Bundesrepublik willkommen und konnten ihre Kriegserinnerungen als Landser-Romantik verbreiten.

Erst kürzlich gingen in den sozialen Medien wieder Bilder von General Adolf Heu-

singer viral. Einmal steht er als hoher Militär neben Hitler persönlich am Kartentisch, wo er übrigens auch stand, als Stauffenbergs Bombe explodierte. Ein andermal ist er Vorsitzender des Nato-Militärausschusses. Zwischen den Bildern liegen nur wenige Jahre und viele Fragen sich heute, wie so eine Karriere vom General des Teufels zur Nato möglich war, sonst würden solche Bilder ja nicht empört im Netz geteilt werden. Nun, ungewöhnlich war sie nicht, wie die Bundeswehr in ihren gescheiterten Ergänzungen nochmal bestätigt hat.

Das eigentlich Erschreckende ist, dass die Bundeswehr genau diese Teile ihrer Tradition jetzt wieder hervorholen und als vorbildlich darstellen wollte, um die von Boris Pistorius geforderte Kriegstüchtigkeit umzusetzen. Die historischen Kontinuitäten sind also nie abgerissen und das ist mehr, als man über die Bundeswehr wissen wollte. Oder eben das, was man leider wissen muss.



Kommentar von Konrad Litschko zur vorläufigen Aussetzung des Compact-Verbotes

Faesers Zitterpartie

Es gibt eine eiserne Regel im Innenministerium von Nancy Faeser: Ein verhängtes Verbot muss vor Gericht Bestand haben. Bitter, dass diese ausgerechnet am rechtsextremen Compact-Magazin gebrochen werden konnte. Noch ist es nicht so weit, aber allein das Bundesverwaltungsgericht den Vollzug des Compact-Verbots vorläufig aussetzte und die Rechtsextremen um Herausgeber Jürgen Elsässer feiern, ist unbestreitbar eine Schlappe für Faeser.

Auch mit anderen Projekten rennt die Innenministerin gerade gegen die Wand. Heimliches Durchsuchen der Polizei in Wohnungen? Ein „absoluter Tabubruch“, wird es nicht geben, so Justizminister Buschmann. Einsatz von Gesichtserkennungssoftware? Die Grünen haben „verfassungsrechtlich tiefgreifende Fragen“. Verschärfung des Waffenrechts für Messer? „Symbolpolitik“, so die FDP. Man fragt sich, welche Linie Faeser da verfolgt – und mit wem sie in der

Koalition eigentlich spricht. Jedenfalls steht keiner der Vorstöße für den angekündigten Aufbruch in eine „grundrechtsorientierte“ Sicherheitspolitik. Und so wird viele Ankündigung bleiben bei Faeser, mal wieder.

Der Fall Compact aber liegt anders, hier war Handeln geboten. Den Kampf gegen Rechtsextremismus hatte Faeser, völlig zu Recht, zum zentralen Anliegen erklärt. Aber auf vorgelegte Pläne folgte lange wenig. Umso mehr scheint dies Faeser nun mit Verboten wettmachen zu wollen: Hammerskins, Artgemeinschaft, Compact. Bei keinem trifft es die Falschen. Auch Compact ist weit mehr als ein Magazin: Es vernetzt die rechtsextreme Szene, pusht die AfD, Putin oder Remigrationsprediger Martin Sellner, organisiert Proteste. Das Blatt fordert Widerstand gegen die „Asylbombe“, „Gender-Terror“ oder das „Finanzjudentum“, will „Passdeutschen“ Rechte verweigern, Elsässer will „das Regime stürzen“. Das ist kein Journal-

ismus, sondern aufwieglerischer Aktivismus. Die Behörden und eine Innenministerin können hier unmöglich nur zuschauen.

Und ein Verbot via Verrechnung beanstandete das Bundesverwaltungsgericht ebenso wenig wie die Verfassungsschutzeinstufung von Compact als rechtsextrem. Faeser muss sich allerdings schon fragen lassen, ob es nicht tatsächlich – wie es das Gericht aufzeigt – auch vorerst mildere Mittel gegeben hätte, um der Pressefreiheit Rechnung zu tragen: das Vorgehen gegen einzelne Texte, Ausgaben oder Veranstaltungen. Mittel wohl gemerkt, die das Triumph-heulende Compact weiter fürchten muss. Nun aber muss das Innenministerium sein Material nachbessern und auch Faeser zittern bis zum finalen Urteil – falls sie überhaupt solange im Amt ist, denn das Verfahren könnte Jahre dauern. Sicher ist schon jetzt: Es wird ganz zentral über das Bild von Faesers Amtszeit entscheiden.

Der rote Faden

Sommerloch

Das war eine Aufregung am Mittwoch. Bild und B.Z. meldeten die Verhaftung von Burkhard Garweg, dem flüchtigen mutmaßlichen ehemaligen RAF-Terroristen. Er sollte bereits am Dienstagabend gefasst worden sein, in einem ICE in Berlin-Spandau. Aus Sicherheitskreisen wollte die Springer-Presse erfahren haben, dass es sich tatsächlich um den Weggeführten der im Februar festgenommenen Daniela Klette handelte. Aber konnte das wirklich sein? Seit einem halben Jahr wird intensiv nach ihm gefahndet. Es ist schon erstaunlich, dass er so lange unentdeckt geblieben ist.

Aber dann in einen ICE steigen und sich von Mitreisenden erkennen lassen? Andere Medien blieben vorsichtiger in ihren Formulierungen. Und dann stellte sich auch heraus: Er war es gar nicht. Die Bild veröffentlichte einen Tag später direkt ein Interview mit dem falschen Festgenommenen. Sie erzeugt, so kann man fast den Eindruck gewinnen, ihre eigenen News, wenn das Sommerloch sonst nichts zu bieten hat.

Dabei passiert doch gar nicht nichts. In gerade einmal zwei Wochen wird in zwei Ost-Bundesländern ein neuer Landtag gewählt, und der Wahlkampf ist in vollem Gange. Sowohl in Thürin-